

„Wir haben einen hohen Preis bezahlt“

Bundeskanzler Willy Brandt zieht die Bilanz seiner Regierung



Brandt beim SPIEGEL-Gespräch im Palais Schaumburg*

SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, Ihre Regierung muß sich vorzeitig Wahlen stellen. Ziehen wir die Bilanz nach drei Jahren: Hat Ihre Partei und hat Ihre Regierung im Herbst 1969 den Mund zu voll genommen?

BRANDT: Nein, denn was wäre wohl passiert, wenn man nicht den Mut zum neuen Ansatz gehabt hätte? Die CDU brachte nicht mehr die Kraft auf, in der auswärtigen Politik durchzustößen. Sie hat auch in der Gesellschaftspolitik und in der Innenpolitik wirklich überzeugende Vorschläge nicht machen können. Sicher haben manche damals zuviel erwartet...

SPIEGEL: Manche aus der Regierung?

BRANDT: Auch aus der Regierung. Vor allem aber viele derer, die uns freundschaftlich begleitet haben. Auch viele Wähler haben geglaubt, man könne im Laufe ganz kurzer Zeit sehr viel mehr anders machen.

SPIEGEL: Sie selbst halten sich von dieser Selbstanklage frei?

BRANDT: Das wäre zu billig. Ich selbst habe nicht deutlich genug gemacht, was in vier Jahren — damals mußte man ja von vier Jahren ausgehen, jetzt sind es drei geworden — zu machen ist und was nur als Weichenstellung vorbereitet werden kann. Die Außenpolitik haben wir in der Regierungserklärung vom Oktober 1969 Punkt für Punkt entwickelt. Und jeder

Punkt oder fast jeder Punkt kann abgehakt werden.

SPIEGEL: In der Innenpolitik können Sie solche Erfolgsmeldungen nicht verbreiten. War die Koalition mit der FDP schuld daran, daß Ihre Regierung Erwartungen enttäuschte und Versprechen nicht einlöste?

BRANDT: Das Bündnis war nicht schwierig, sondern im Grunde ein sehr kooperatives Verhältnis. Da hat mal der eine, mal der andere etwas nachgeben müssen. Damals, im Herbst 1969, mußten wir im Laufe der wenigen Wochen zwischen Wahl und Regierungserklärung unser Programm aufschreiben. Das würde das nächstmal noch besser werden.

SPIEGEL: Ist der Regierungschef denn mit seiner Leistungsbilanz rundum zufrieden?

BRANDT: Nichts ist so gut, daß es nicht noch besser sein könnte. Natürlich könnte vieles noch besser sein. Aber wenn ich mir alles anschau: Die Bundesrepublik steht in der Welt besser da als 69. Ihr Ansehen hat nicht Schaden gelitten, sondern ihr Ansehen ist gestiegen. Wir machen, gestützt auf das westliche Bündnis, eine aktive Ost-West-Politik. Wir haben in der Westeuropapolitik nicht Bäume ausgerissen, aber wir haben die westeuropäische Zusammenarbeit und Einigung vorangebracht. Damit können wir uns gut sehen lassen.

Günter Gaus und Erich Böhme.
* Mit (v. l.) Stenograph Walter Steinbrecher.

SPIEGEL: Die Preissteigerungsraten können sich auch sehen lassen?

BRANDT: Natürlich machen die Preissteigerungsraten mir große Sorgen. Aber wenn — ich komme ja auch etwas herum — ich mich umschaue in Europa, in vergleichbaren westlichen Ländern, dann liegen wir mit den Preissteigerungsraten unter denen vieler anderer Staaten und haben eine florierende Wirtschaft. Die vorausgesagte Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit hat nicht stattgefunden. Die D-Mark ist eine stabile Währung. Die Spareinlagen nehmen zu.

SPIEGEL: Sind Sie mit dem Vorankommen der Reformen zufrieden?

BRANDT: Wir sind auf einer ganzen Reihe von Gebieten vorangekommen. Wir haben eine Menge an Neuerungen, Fortentwicklungen zustande gebracht. Ich nenne nur das Betriebsverfassungsgesetz, die Umweltschutz-Gesetzgebung oder die schwierigen Probleme der Bildungspolitik. Wir haben die Mittel des Bundes für Bildung und Forschung mehr als verdoppelt. Und wir haben die Bildungsplanung mit den Ländern eingeleitet. Das hat für den Bürger noch nicht die überzeugenden Ergebnisse gebracht. Aber es führt voran. Auch was die innere Sicherheit angeht, hat diese Regierung — ohne daß sie sich besser machen will, als sie ist — zum erstenmal Bund und Länder vor den gemeinsamen Karren der Sicherheit gespannt.

„Keiner kann den Willy Brandt noch ummodelln.“

SPIEGEL: Warum konnte zumindest in den letzten zwölf Monaten die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, daß in der Koalition, im Kabinett und in der SPD Entschlußlosigkeit und persönliche Zerwürfnisse vorherrschten?

BRANDT: Menschliche Unzulänglichkeiten können Sie nirgends ausschließen. Wir haben ja in besonderem Maße darunter gelitten, daß die Freien Demokraten relativ früh in der Legislaturperiode einen Aderlaß zu verzeichnen hatten und dann auch die Sozialdemokraten eine Reihe von Abgeordneten verloren haben. Das hat die Lage im Parlament und im Kabinett erschwert. Nur sage ich mir: Dies mußte in Kauf genommen werden. Hätte man vor den politischen Vorbehalten jener, um die es hier geht, kapitulieren sollen?

Oder hätte man kapitulieren sollen vor den sonstigen Einwirkungen, denen sie ausgesetzt waren, materieller und immaterieller Art? Das erklärt gewiß nicht alles. In dem einen oder anderen Fall hat es auch an der gebotenen Einordnung gefehlt. Das ist eine Erfahrung, aus der man lernen kann und lernen muß.

SPIEGEL: Worauf führen Sie die starke Fluktuation im Kabinett zurück?

BRANDT: Nun wollen wir uns mal die Zahlen genauer ansehen. Ich nehme jetzt nicht die Einzelfälle von früher, wo Leute wegen brauner Flecken auf der Weste Hals über Kopf wieder aus Kabinetten entlassen werden mußten. Nehmen Sie nur die drei Jahre Große Koalition. In diesen drei Jahren sind fünf Bundesminister ausgeschieden* und 21 beamtete Staatssekretäre. Ziehe ich bei den 21 jene drei ab, die aus Altersgründen ausgeschieden sind, und jene drei, die 1969 in den Bundestag ge-

sen Jahren noch einmal bezahlen und aus bitteren Enttäuschungen dazulernen müssen — nicht was die Kollegialität angeht, aber was die Handhabung bestimmter Formen der Zusammenarbeit angeht. Nur, in den Grundfragen des Verhältnisses zu anderen kann keiner den Willy Brandt in dem Alter, das er jetzt erreicht hat, noch ummodeln.

SPIEGEL: War die Berufung Karl Schillers zum Doppelminister im Mai 1971 nicht ein für die Kabinettsarbeit entscheidender Fehler?

BRANDT: Meine Absicht damals war, eine Übergangslösung zu schaffen. Und ich hatte mit Professor Schiller abgesprochen, daß er für den Rest des Jahres 1971 beide Ministerien führen sollte, um mir gleich zu Anfang 1972 seinen Vorschlag für eine neue Aufgliederung zu machen. Das hatte er sich zu Beginn dieses Jahres anders überlegt. Er kam zu dem Ergebnis, man müsse zu der alten Aufgliederung der beiden Mi-

beider Ressorts gerecht werden zu können.

SPIEGEL: Das ist unbestritten. Ebenso unbestritten ist aber auch, daß seine Kabinettsdisziplin und sein Charakter bekannt waren.

„An Korruption kann für mich kein Zweifel sein.“

BRANDT: Karl Schiller hat bei allem, was ihm die Leute jetzt ankreiden mögen, für mich zwei große Leistungen vorzuweisen. Er hatte in Berlin in der Zeit unmittelbar nach dem Mauerbau für die Berliner Wirtschaft eine neue Grundlage mitgeschaffen, auch durch das Berlinhilfe-Gesetz. Dann, im Bonn der Großen Koalition, hat er den Weg aus der Rezession gefunden. Das war gekonnt. Seine Auseinandersetzung mit der CDU/CSU um die Aufwertung im Jahre 1969 wurde für uns zu einem wichtigen Vorgang.

SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, war die Ausgangslage für Neuwahlen nicht vor Schillers Rücktritt wesentlich günstiger? Sie hatten die Möglichkeit, eine Wählerentscheidung über die von der CDU/CSU bekämpften Ostverträge zu suchen. Meinungsforscher behaupten, ihre Position sei zu jener Zeit besonders stark gewesen.

BRANDT: Das ist doch wohl weithin eine theoretische Frage. Am 27. April scheiterte das konstruktive Mißtrauensvotum Barzels, und die Opposition zeigte keine Bereitschaft, sich über den Weg zu Neuwahlen zu verständigen. In der Koalition gab es verständlicherweise ein starkes Interesse daran, aus staatspolitischen Gründen die Verträge mit Moskau und Warschau nicht liegenzulassen. Im übrigen hätte ich zu jenem Zeitpunkt keine genügende Unterstützung der Koalition für das Erzwingen von Neuwahlen gefunden.

SPIEGEL: Von der FDP?

BRANDT: Nein, ich meine damit nicht nur die Freien Demokraten. In der Koalition gab es wesentliche Stimmen, die so argumentierten: Unser Grundgesetz will, wenn es irgend geht, daß eine vierjährige Legislaturperiode durchgehalten wird. Zweitens sagten einige: Bei dem Versuch des konstruktiven Mißtrauensvotums ist deutlich geworden, daß der Vorsitzende der CDU nicht alle Mitglieder seiner Fraktion hinter sich hat, wenn geheim abgestimmt wird.

SPIEGEL: In der Zwischenzeit verloren Sie die Mehrheit im Bundestag. Wie erklären Sie sich den Schwund?

BRANDT: Das kann man nur richtig beantworten, wenn man den einzelnen Fällen nachgeht. Das ist gar nicht so einfach, da wird schon ein kleiner Roman daraus. Aber wenn man es auf einen kurzen Nenner bringt, dann sind es erst mal diejenigen, die von Anfang an nicht für diese Koalition waren. Das sind einige. Ob man sich um die nicht auch ein bißchen besser noch hätte



Karikatur 1969: „Ihr sitzt auf unseren Plätzen!“

wählt wurden, bleiben immerhin 15 übrig.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, die Vorgänge der letzten Monate in Ihrer Regierung seien normal oder unvermeidlich gewesen?

BRANDT: Nein. Ich will — um einen besonderen Komplex herauszugreifen — sagen: Dieselbe CDU/CSU und dieselbe Rechtspresse, die bis zur Sommerpause dem damaligen Bundesminister Schiller angerechnet haben, welche personellen Veränderungen alle auf sein Konto gingen, sagen nach der Sommerpause, diese seien alle dem Bundeskanzler anzurechnen.

SPIEGEL: Hat Willy Brandt sein Kabinett an zu langem Zügel geführt?

BRANDT: Ja, ja, das kann man so nennen. Ich habe mein Lehrgeld in die-

nisterien zurückkehren. Ergebnis unter dem Strich: Es blieb bei seiner Verantwortung für beide Häuser. Bitte, das gilt auch für andere Gebiete, unter dem Strich trägt letzten Endes der Bundeskanzler die Gesamtverantwortung.

SPIEGEL: Warum haben Sie Schillers Aufgliederung nicht für den Rest der Legislaturperiode übernommen? Der schwierige Superminister Schiller wäre wieder zum einfachen Wirtschaftsminister geworden.

BRANDT: Wenn die Festspiele erst mal im Gang sind, dann streiten Sie mal mit Furtwängler darüber, ob er die Neunte oder eine andere spielt.

SPIEGEL: Wer hat an der Entscheidung mitgewirkt, Karl Schiller zum Superminister zu ernennen?

BRANDT: Ich habe diese mit ein paar Kollegen besprochen, aber ich habe es selbst zu verantworten. Und niemand wird ja auch bestreiten, daß Karl Schiller alle intellektuellen Voraussetzungen mitbrachte, der Leitung

* Justizminister Gustav Heinemann wurde Bundespräsident, Vertriebenenminister Kai-Uwe von Hassel Bundestagspräsident, Familienminister Bruno Heck CDU-Generalsekretär, Entwicklungshilfeminister Hans-Jürgen Wischnewski SPD-Bundesgeschäftsführer. Innenminister Paul Lücke trat wegen der Wahlrechtsfrage zurück.

kümmern sollen, das ist eine andere Frage. Das ist das eine Problem. Dann gibt es andere, die im Laufe der Zeit bei sich Gewissenskonflikte entdeckten. Ich denke etwa an einen, der Gewissensgründe geltend macht, der aber ganz genau weiß, daß seinem Gewissen gar nichts zugemutet worden ist. Wir haben in der Außenpolitik 1969 nichts anderes den Wählern gesagt, als wir später getan haben.

SPIEGEL: Sie meinen Hupka.

BRANDT: Und so könnte man dann das einzeln durchgehen. Das wird dann in dem einen oder anderen Fall auch unappetitlich.

SPIEGEL: War Korruption im Spiel?

BRANDT: Daran kann für mich kein Zweifel sein.

SPIEGEL: Bei wem?

BRANDT: Das wird alles noch rauskommen.

SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, die Sozialdemokraten haben sich immer

da müssen — Solidarität hin, Solidarität her — und werden die Kollegen weiter hart raufen, um für ihren Bereich möglichst viel Geld, einen möglichst großen Anteil am Kuchen zu erkämpfen.

SPIEGEL: Wenn Minister die Belange ihres Ressorts hart vertreten, ist das eine Sache. Wenn dieselben Minister sich öffentlich oder halb öffentlich bei irgendwelchen Pannen gegenseitig Vorwürfe machen oder angreifen, ist das eine andere Sache, ist das Mangel an Solidarität. Woran liegt das? Ist die SPD am Vorabend des Wahlkampfes in einem zerrütteten Zustand?

BRANDT: Nein, das ist sie nicht.

SPIEGEL: Woran liegt der Mangel an Solidarität?

BRANDT: Solidarität, das müßte man dann erst mal genauer definieren. Solidarität ist nicht dasselbe wie Kameraderie. Manche glauben, es sei dasselbe. Solidarität ist ein Sichverpflichten auf eine gemeinsame Grundwert-Orien-

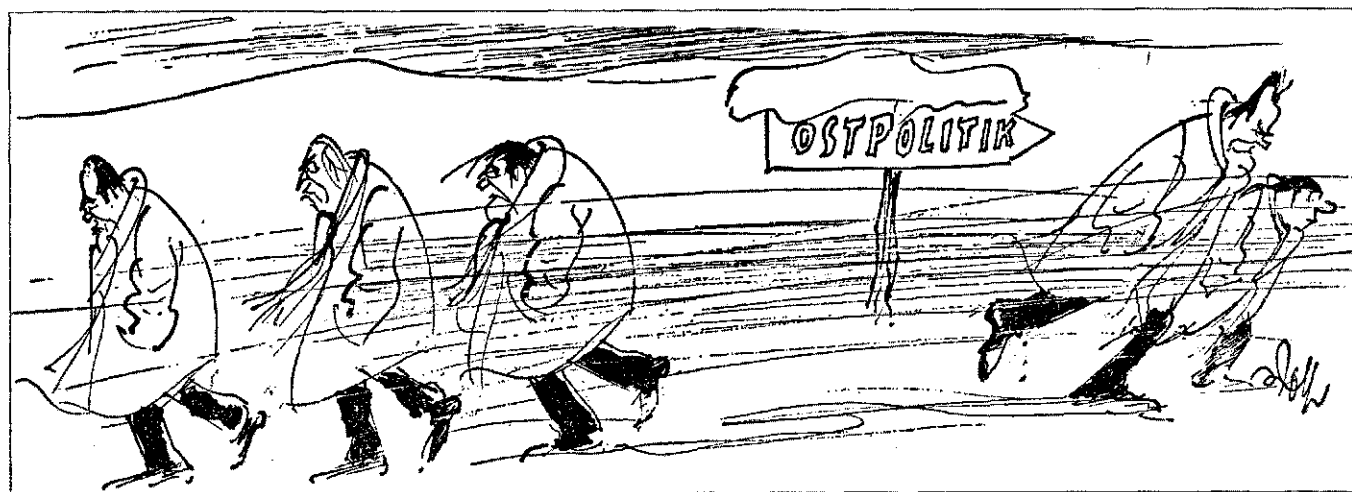
der Grundstamm der soliden Betriebsräte und anderer, die die breiten Schichten in diesem Volk vertreten.

SPIEGEL: Sie geben also Spannungen in der Partei zu?

„Die Baader-Meinhof-Gruppe wurde nicht mit frommen Sprüchen gefaßt.“

BRANDT: In der nächsten Bundestagsfraktion der SPD wird das — ich sage das bewußt — avancierte Arbeitnehmerelement stärker vertreten sein als in der jetzigen. Es wird mehrere Betriebsräte großer Werke und Gewerkschaftsführer geben, die dabei sind. Das gehört in eine solche Fraktion neben den Akademikern mit hinein. Und es wird außerdem eine Verjüngung geben. Dies muß auch sein.

SPIEGEL: Sind Sie sich für den Tag nach der Wahl des Koalitionspartners FDP sicher? Bei dem erwarteten knap-



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

Karikatur 1970: Nach der Debatte

sehr viel auf ihre Solidarität zugute halten können. Wie erklären Sie den Eindruck, daß in diesen letzten drei Jahren Solidarität in der Partei, am Kabinetttisch oder in der Koalition nur noch dem Hörensagen nach existierte?

BRANDT: Ja, wissen Sie, erst einmal ist das so, beim Geld hört überall die Gemütlichkeit auf.

„Solidarität hin, Solidarität her.“

SPIEGEL: Auch bei den Sozialdemokraten?

BRANDT: Ja. Das ist bei den Oberbürgermeistern so, und das ist bei Kabinettsmitgliedern so. Ich selbst habe früher als Bürgermeister gelernt, daß man davon ausgehen muß, man vertritt die wichtigste Sache der Welt. Nur ein Bürgermeister, der seine Stadt für den Mittelpunkt der Welt hält, erreicht etwas für diese Stadt. Am Kabinetttisch,

Im Grunde ist diese Solidarität eine Art von ins Deutsche übersetzter Brüderlichkeitsvorstellung aus der Französischen Revolution.

SPIEGEL: Wie steht es damit in der SPD?

BRANDT: Die SPD ist in gar keinem schlechten Zustand. Die SPD ist in diesen drei Jahren durch eine nicht ganz leichte Periode hindurchgegangen. Das hängt mit verschiedenen Dingen zusammen. Nicht zuletzt damit, daß sie sich entschlossen hatte, ihren Teil dazu beizutragen, daß die Auseinandersetzung mit den jungen Intellektuellen nicht wie 1968 auf der Straße ausgetragen wird. Dafür muß man einen Preis bezahlen. Wir haben einen relativ hohen Preis der Mißdeutung bezahlt. Wir haben auch einen relativ hohen Preis dadurch bezahlt, daß hier und da Leute, die Lesen und Schreiben gelernt haben und vielleicht ein bißchen mehr, glauben, sie könnten sich aufspielen und seien schon deswegen, weil sie irgendwo ein Examen gemacht haben, mehr als

pen Ausgang könnte die CDU/CSU den Freidemokraten sehr lockende Avancen machen.

BRANDT: Die Frage ist eine Frage an die FDP, nicht an mich. Die Freien Demokraten müssen für sich selbst sprechen und werden das auch tun. Nur, wenn Sie sich mal überlegen, aus welcher Situation heraus Walter Scheel im September 1969 mit mir dieses Regierungsbündnis geschlossen hat, dann können Sie daraus bestimmte Folgerungen ableiten für die von Ihnen gedachte Situation. Was knappe Mehrheiten angeht, das muß man halt erst mal abwarten und sich das dann genauer angucken.

SPIEGEL: Würden Sie notfalls auch mit einer Stimme Mehrheit eine zweite Regierung Brandt/Scheel bilden?

BRANDT: Ja.

SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, der beginnende Wahlkampf wird von der Opposition vermutlich mit emotional aufgeladenen Parolen bestritten wer-

**Hier ist der
Tonfilmprojektor
mit den vielen
Vertonungs-
Möglichkeiten:
NORIS NORIMAT
deluxe**



Jetzt gibt es vier Projektoren nach dem Tonfilm-Cassettenprinzip, für Super 8 (Single 8) und als Zweiformat-Gerät.

Der neue NORIS NORIMAT deluxe hat automatische Aussteuerung, Trickregler, 2-Watt-Lautsprecher, 4-Watt-Verstärker, deutsches Marken-Vario-Objektiv, Halogen-Kaltlichtspiegellampe 12 V/100 W und 2 Geschwindigkeiten: 18 und 24 Bilder/sec.

- 1 Die akustische Tonaufnahme:** Musik, Sprache und Geräusche werden in einem Durchlauf gleichzeitig aufgenommen.
- 2 Tonaufnahmen mit dem NORIS Mischpult:** Der Film kann sowohl in einem Durchlauf als auch nacheinander mit Musik, Sprache und Geräuschen vertont werden.
- 3 Tonaufnahme mit dem Trickregler:** Musik, Sprache und Geräusche werden nacheinander aufgenommen. Der Clou: in Musikkassetten kann nachträglich auch Sprachtext eingespielt werden.

Die neue Cassetten-Vertonung mit dem NORIS NORIMAT bietet Vorteile, die Sie kennen müssen. Fordern Sie deshalb unseren ausführlichen Spezialprospekt an.

Vorführung an unserem photokina-Stand K/L 15, Halle 3 E

**Filme mit NORIS
projiziere mit NORIS**

An Firma
NORIS PROJEKTION GMBH
Abt. M 40
85 Nürnberg · Hohlfederstraße 40
Senden Sie mir bitte gegen diesen
Informations-Coupon
den Spezialprospekt über
NORIS NORIMAT
Tonfilm-Cassetten-Projektoren

den, etwa der Sozialismusfurcht und der Krisen- und Inflationsangst oder dem Ruf nach Law and Order. Wie wollen Sie diese Kampagnen kontern?

BRANDT: Natürlich würde ich einen argumentativen Wahlkampf vorziehen. Aber kommen wir zu den einzelnen Punkten. Die primitive Ausbeute, die sich die Opposition zum Beispiel von der Geldentwertung verspricht, wird geringer sein, als sie erwartet.

SPIEGEL: Sie müssen sich immerhin vorhalten lassen, daß niemals in der Nachkriegszeit — mit Ausnahme des Korea-Krieges —, weder zu Zeiten Adenauers noch während der Kanzlerschaft Erhards oder Kiesingers, die Preise mit einer Jahresrate von 5,7 Prozent gestiegen sind.

BRANDT: Die haben auch keine Zeit erlebt, in der wir es mit so ungünstigen außenwirtschaftlichen Umständen zu tun hatten. Die europäische Verflechtung ist ja weitergegangen, und die Einwirkung des amerikanischen Dollars auf uns hat zugenommen. Andere Faktoren kommen hinzu. Was uns vorerzählt wird, ist deshalb nicht auf richtig. Tatsache ist, daß es den Menschen nicht schlechter, sondern besser geht in der Bundesrepublik Deutschland, trotz der Preissteigerungen. Trotzdem bleibt die Geldentwertung ein böses Ärgernis. Nur müssen wir den Menschen ehrlich sagen: Alle eigenen Anstrengungen, die wir machen, werden nicht ausreichen. Wir müssen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern mehr tun. Alles andere wäre Augen-auswischerei.

SPIEGEL: Bietet die Regierung der Opposition Angriffsflächen in der Diskussion um die innere Sicherheit der Republik?

BRANDT: Die Baader-Meinhof-Gruppe ist nicht wegen frommer Sprüche oder forscher Sprüche gefaßt worden, sondern als Ergebnis einer harten, fachlichen, nüchternen Operation. Die CDU-geführten Bundesregierungen haben das Bundeskriminalamt über Jahre hinweg sträflich vernachlässigt. Verglichen mit dem bejammernswerten Zustand, in dem diese zentrale Institution war, ist das Bundeskriminalamt heute auf dem Weg zu einer wirksamen Sicherheitsbehörde — nur: Leute, die glauben, das Problem der inneren Sicherheit sei erschöpft, wenn man Polizei und Justiz sagt, irren.

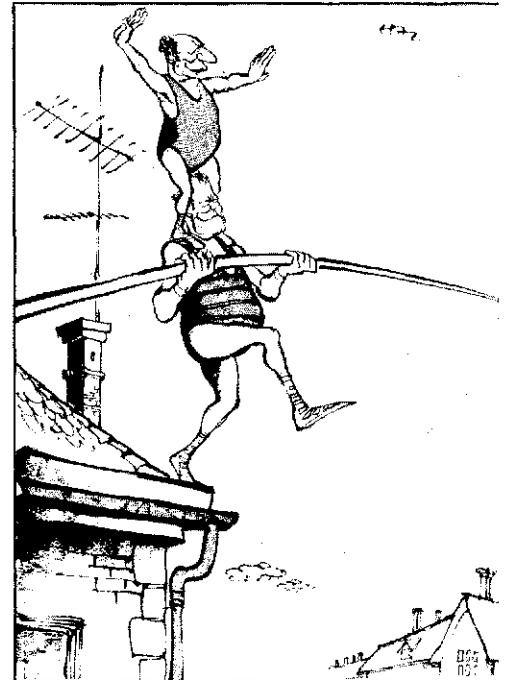
„Welchem Unternehmer ist denn zu nahe getreten worden?“

SPIEGEL: Könnte die Parole, die SPD treibe unter dem Druck der Jusos unaufhaltsam nach links ab, für Sie gefährlich werden?

BRANDT: Die Politik der SPD und die Politik eines sozialliberalen Regie-

rungsbündnisses wird erkennbar nicht von radikalen Gruppen bestimmt. Ich habe gar nichts dagegen, daß auch zum Radikalen neigende Gruppen uns immer wieder zwingen, unsere Auffassung zu überprüfen. Zum Beispiel beim Bodenrecht. Wenn nicht manche der jungen Leute so rege gewesen wären, hätte die SPD sich vielleicht nicht schon zu einem vernünftigen Vorschlag durchgerungen. Die Vorstellung, den Menschen solle ihr Haus weggenommen oder die Unternehmer sollten geschurigelt werden, ist doch absurd. Welchem Unternehmer ist denn in drei Jahren sozial-liberaler Koalition zu nahe getreten worden?

SPIEGEL: Wie erklären Sie dann, daß große Teile der Industrie sich ganz



Karikatur 1972: Alles nur eine Vertrauensfrage

eindeutig gegen diese Koalition wenden und die Rückkehr der CDU/CSU an die Macht fördern?

BRANDT: Das hängt mit der deutschen Geschichte zusammen. In der Adenauerzeit, die ja nicht aufhörte mit Adenauers Ausscheiden als Bundeskanzler, hatte sich eine Art von Konsensus ergeben, daß das Machtzentrum rechts von der Mitte, nicht weit rechts, aber rechts von der Mitte lag. Manche Leute haben geglaubt, dies sei eigentlich ein ungeschriebener Teil des Grundgesetzes. Ein von mir durchaus geschätzter Mann, mein Vorgänger im Amt des Außenministers, Gerhard Schröder, hat nach der Wahl 1961 einmal gesagt: „Ich verstehe nicht, warum Sie an die Regierung wollen. Sie haben doch die Krankenkassen, Sie haben die Städte, und Sie haben die Gewerkschaften. Und wir machen die Regierung.“ Das war der deutliche Ausdruck dieses vermuteten

...sensus der Machtausübung von einem Punkt rechts von der Mitte aus. Das Sich-neu-Einpendeln des Kräfteverhältnisses in einer demokratischen Gesellschaft ist ein schwieriger und für manche schmerzvoller und sogar turbulenter Prozeß.

„Herr Barzel wird nicht gewinnen.“

SPIEGEL: Die Herren aus der Wirtschaft sehen das weniger gelassen.

BRANDT: Mancher, der ein guter Manager ist, versteht nicht viel von Politik. Das ist nicht unbedingt ein Vorwurf, denn mancher, der in der Politik das ganz gut macht, würde einen Betrieb nicht gut leiten können. Das sind offensichtlich zwei verschiedene Eigenschaften. Viele wollen alles wieder auf den Adenauer-Status bringen oder wie die CDU die konservative Tradition aus der Kaiserzeit weiterführen. Die CDU/CSU hat sich nie damit abgefunden — das ist eine ganz wesentliche Erfahrung dieser drei Jahre —, daß sie nicht die Staatspartei ist.

SPIEGEL: Welche Folgen hätte ein Wahlsieg der CDU/CSU für die Bundesrepublik?

BRANDT: Außenpolitisch wäre ein Machtwechsel darum so bedenklich — ich will mal die atmosphärischen Dinge beiseite lassen —, weil er uns ein großes Stück zurückwerfen würde. Unsere Verbündeten werden sich die neue Regierung erst einmal genau angucken und sich erinnern: Die waren doch gegen das, was wir im Bündnis entwickelt haben. Die waren sogar 1969 noch dagegen, daß der Brandt oder der Scheel den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet hat. Das mutet heute gespenstisch an, aber so war es. Unter einer CDU-Regierung wird Deutschland weniger mitzubestimmen haben. Das Gewicht wird geringer sein.

SPIEGEL: Und welche innenpolitischen Folgen prophezeien Sie, wenn Ihr Nachfolger Rainer Barzel heißt?

BRANDT: Das ist eine ganz hypothetische Frage. Herr Barzel wird nicht gewinnen. Aber gehen wir einmal davon aus — man kann das ja theoretisch nicht ausschließen. Die CDU/CSU müßte sich dann sehr anstrengen, um schwere soziale Erschütterungen bei uns zu vermeiden. Wir haben doch im Vergleich zu anderen Ländern trotz der Preissteigerungen weiterhin einen exemplarischen Arbeitsfrieden in unserer Bundesrepublik. Es wäre ein großer Jammer, wenn durch falsche Weichenstellungen hier ein Element des Unfriedens in die innenpolitische Landschaft hineinkäme.

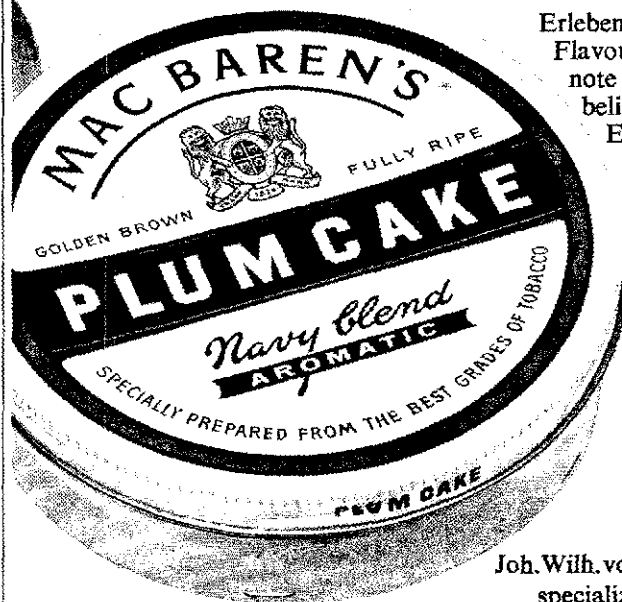
SPIEGEL: Herr Bundeskanzler, wir danken für dieses Gespräch.



...it's time for



Mac Baren's PLUM CAKE



Erleben Sie das delikate Flavour und die feine Duftnote dieses international beliebten Pfeifentabaks. Es ist Zeit, daß auch Sie Mac Baren's Tabaccos probieren und schätzen lernen.

MAC BAREN'S
Smoking Tobaccos
in jedem
guten Fachgeschäft

Alleinimporteur
Joh. Wilh. von Eicken, Hamburg
specialized in fine tobaccos